

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20413.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:  
Gebr. Kuhnhold, Dresden.

**Abonnementpreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringsel monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.80 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5.80. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Insertate** werden die 7spaltige Zeitspalte mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 100.

Dresden, Mittwoch den 1. Mai 1918.

29. Jahrg.

## Ein mißglückter Verschleppungsversuch in Preußen.

### Hertling zum Kompromiß bereit.

Mit der äußersten Energie wehrt sich die junkerliche Fraktion im Reichstag gegen das gleiche Wahlrecht. Am Beginn seiner gestrigen Sitzung wurde das preussische Abgeordnetenhaus durch einen Antrag des Zentrumsgrafen Spee überrascht, der die Dreiklassenwahl bis nach dem Kriege verlagert werden sollte. Der Mann brachte es fertig, sich dabei auf die Zustimmung im Schützengraben zu berufen. Wenn sich Leute, wie der Herr Graf, auf die Schützengrubenstimmung berufen, macht das immer einen lächerlichen Eindruck. Jedermann weiß, daß solche Herren keine Ahnung haben können, wie es um die Stimmung des Soldaten in Wahrheit bestellt ist. Ein Mann, wie der Graf Spee, hat wohl höchstens Gelegenheit, mit ein paar mehr oder minder feudalen Offizieren über politische Fragen zu sprechen. Unterhaltungen aber zwischen Offizier und Soldaten über politische Dinge sind ausgeschlossen und wenn sie wirklich stattfänden — würde der Offizier kaum erlauben, wie der Soldat eigentlich denkt. Es ist daher ein großer Unfug, wenn man gerade von solcher Seite immer wieder mit Erzählungen über Schützengrubenstimnungen kommt.

Da der Minister Friedberg deutlich mit der sofortigen Aufhebung des Hauses drohte, wurde der Antrag Spee nach heftiger Debatte abgelehnt, wobei auch ein Teil der Konservativen gegen den Antrag stimmte. Diejenigen Konservativen, die dem Grafen Spee nicht Gehorsam leisteten, haben sich nur dem Zwang gefügt, denn daran kann kein Zweifel sein, daß der Zentrumsgraf seinen Standesgenossen aus der Seele gesprochen hat, die das gleiche Wahlrecht erbittert hassen. Eine Rede des Herrn von Seydebrand ließ nochmals die tieferen Ursachen des junkerlichen Hasses gegen das gleiche Wahlrecht erkennen: Es gibt keinen größeren Gegenstand gegen das gleiche Wahlrecht, als unser Herr, verkündete Herr von Seydebrand. Freilich, wenn es noch unseren Junkern ginge, gäbe es überhaupt zwischen Soldaten und Bürgern bald keinen Unterschied mehr. Die Herren wollen dem ganzen Volke gegenüber eine Stellung einnehmen, wie die Offiziere im Heere gegenüber den gemeinen Soldaten. Sie wollen befehlen und die Untertanen sollen gehorchen, wie es einst in der glücklichen Zeit der Leibeigenschaft war. Der Staat ist noch ihrer Weltanschauung eine Domäne, die von Rechts wegen ihnen gehört.

Aber der tiefste Grund des junkerlichen Jornes über das gleiche Wahlrecht liegt noch wo anders! „Beim gleichen Wahlrecht“, so ruft Herr v. Seydebrand entsetzt aus, „würden die Besitzlosen über die Steuern der Besitzenden entscheiden.“ Also die Angst um den hochgeliebten Geldbeutel ist es, die sich hinter den Redensarten der konservativen Wahlrechtsgegner über die angeblichen Gefahren des gleichen Wahlrechts für Preußen und Deutschland verbirgt. Das zeigt aber auch die Wichtigkeit der Wahlrechtsfrage für die Volksmassen. Die minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes sind durch die indirekten Steuern des Reiches hart genug belastet. Um so notwendiger ist ein Ausgleich durch eine stärkere Veranschlagung der Besitzenden in den Einzelstaaten, und gerade dieses Ziel kann durch eine Demokratisierung des einseitigen Wahlrechts erreicht werden. Und nur durch ein solches Wahlrecht kann verhütet werden, daß um der Schonung des Geldbeutels der Besitzenden willen wichtige Kulturaufgaben, deren Erfüllung im Interesse der Volksmassen dringend notwendig ist, vernachlässigt werden.

Als Vertreter der Regierung kamen Friedberg und Hertling zum Wort, die sich entschieden für das gleiche Wahlrecht aussprachen. Hertling sagte u. a., daß sich in allen Staaten das politische Leben auf das Ziel des gleichen Wahlrechts einstelle. Der Kanzler hat damit eine wichtige Seite der preussischen Wahlrechtsfrage berührt. Es steht leider die Tatsache fest, daß Deutschland in der ganzen Welt als ein reaktionäres, von einer übermächtigen Herrenkaste beherrschtes Land verurteilt ist. Daran, daß dieser Ruf beseitigt wird, hat das deutsche Volk ein sehr großes Interesse. So lange aber Deutschland in seinen politischen Einrichtungen rückständig ist, wird es den Feinden Deutschlands stets leicht sein, immer neues Mißtrauen gegen unser Land bei den Völkern zu säen.

Weder Hertling noch Friedberg sagten aber darüber etwas, was geschehen wird, wenn das gleiche Wahlrecht vom Landtag abgelehnt wird. Es ist daher bis jetzt noch immer keine Klarheit darüber vorhanden, ob bei einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts eine Auflösung des Landtages erfolgt und alles Eintreten der Regierung für das gleiche Wahlrecht wird nicht genügen, wenn die Regierung nicht jeden Zweifel daran beseitigt, daß sie das äußerste ihr zur Verfügung stehende Mittel anwenden wird, um die Annahme des gleichen Wahlrechts durchzusetzen. Hertling glaubt, daß es noch geschehen würde, eine Verständigung über die Wahlrechtsfrage zustande zu bringen. Er erklärte dabei, daß die Regierung bereit sei, Sicherungen gegen die Gefahr einer allzu weit berechneten Radikalisierung durch die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen anzunehmen. Er sprach davon, daß

## Schwere Kämpfe in Finnland.

(S. I. B.) Antisch. Großes Hauptquartier, den 1. Mai 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern leidet der Feindempfang in den Abschnitten von Yper und Transoer zu größerer Heftigkeit auf. Nicht in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchen vergeblich gegen Transoer vorzudringen. Im mehrlachen Kaffurm brach in unserem Heere zusammen.

Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Verhandlungen durch.

Vorläufe in die feindlichen Linien südwestlich von Rehon und über den Dife-Kinne-Kanal bei Barones brachten mehr als 50 Gefangene ein.

Ma der übrigen Front nichts von Bedeutung.

### Osten:

#### Finnland.

In verwickelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nördlich von Luokkala und bei Raati zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Nyborg genommen.

#### Ukraine.

In der Krime haben wir Prokopia kamplos besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Anträge in dieser Richtung schon in Vorbereitung seien. Es bleibt abzuwarten, wie diese Sicherungen, von denen Hertling sprach, aussehen werden. Vielleicht hat Hertling dabei an Bestimmungen gedacht, wie sie vom Zentrum bereits vorgeschlagen wurden, und die für Änderungen der Kirchen- und Schulgesetzgebung eine Zweidrittel-Mehrheit vorschreiben. Man wird vielleicht versuchen, auch gesetzgeberische Änderungen in anderen wichtigen Fragen an die Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit im Landtage zu knüpfen. Durch Anwendung dieses Prinzips könnte freilich das gleiche Wahlrecht für die Volksmassen entwertet, wenn nicht völlig wertlos gemacht werden. Was nützt schließlich dem Volke das gleiche Wahlrecht, wenn die Erfüllung von Wünschen, die von der großen Mehrheit des Volkes gekehrt werden, durch derartige Klauseln unmöglich gemacht wird. Durch die ungerechte Wahlrechtsverteilung, die auch nach dem neuen Wahlgesetz beibehalten wird, kann sowieso trotz dem gleichen Wahlrecht der Wille der Mehrheit des Volkes im preussischen Parlament nur unvollkommen zum Ausdruck. Unter keinen Umständen dürfte es sich das preussische Volk gefallen lassen, daß das gleiche Wahlrecht zu einem Messer ohne Klinge wird. Würde sich die Regierung Hertling zu einer derartigen Verschönerung der Wahlrechtsvorlage hergeben, so käme das einem Bruch des dem Volke gegebenen Wahlrechtsversprechens gleich.

### Die Sicherungen.

Die in der Regierungsvorlage enthaltenen Sicherungen bestehen einerseits in einer Beschränkung des Wahlrechts auf die 25jährigen Männer, die ihren Wohnsitz im letzten Jahr vor Aufstellung der Wählerliste nicht gewechselt haben, andererseits in einer Verschiebung des Budgetrechts zwischen den beiden Häusern. Während das Herrenhaus bisher das Staatshaushaltsgesetz als Ganzes nur annehmen oder ablehnen, praktisch also nicht abändern durfte, wird ihm jetzt das Recht zugestanden, einzelne Positionen des Staatshaushalts abzuändern. Ihre endgültige Fassung ist dann in einem Einigungsverfahren zwischen den beiden Häusern festzustellen.

Das sind die Sicherungen, die bisher in der Regierungsvorlage enthalten sind, und es fragt sich, in welcher Weise sie weiter ausgebaut werden könnten. An eine weitere Einschränkung des Wahlalters und an eine Verschärfung der Wohnsitzklausel dürfte kaum gedacht werden, die darüber getroffenen Bestimmungen sind ohnehin schon so hart, daß sie die Grenze des Erträglichsten überschreiten. Viel eher ist anzunehmen, daß die weiteren Sicherungen in der Richtung schon vorliegender Anträge des Zentrums und der Freikonservativen gesucht werden.

Das Zentrum hat den Wunsch, das gegenwärtig gegebene Verhältnis zwischen Staat, Kirche und Schule derart in der Verfassung zu verankern, daß Änderungen nur durch den Beschluß einer Zweidrittelmehrheit beider Häuser erfolgen können. Ein diesbezüglicher Antrag ist aber in beiden Lesungen des Ausschusses abgelehnt worden: von der Linken, weil sie derartige Bindungen nicht will, aber auch von der Rechten, weil das gleiche Wahlrecht durch solche Sicherheitsmaßnahmen einigen Abgeordneten annehmbarer geworden wäre, seine Aussichten also sich verbessert hätten.

Neu ist ein Antrag des Freikonservativen Precht, der den Bestand des bisherigen Gemeindevahlrechts verfassungsmäßig sichern will, gleichfalls dergestalt, daß zu seiner Abänderung eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern notwendig sein soll.

Die Regierung scheint ohne weiteres geneigt, diese Sicherungsanträge anzunehmen. Sie setzt sich damit allerdings in schärfsten Gegensatz zu den Grundgedanken, die sie in der Dienstag-Sitzung mit soviel Pathos vorgetragen hat. Denn durch die Annahme jener Sicherungen würde einer friedlichen Entwicklung auf freiheitlicher Bahn ein neuer Niegel vorgezogen, und neue schwere Verfassungskämpfe wären in absehbarer Zeit die sichere Folge. Einstweilen sieht es aber gar nicht danach aus, als ob die Regierung mit ihren Kompromißabsichten zum Ziel gelangen könnte, denn das, was sie zu bieten hat, ist gerade den entschlossensten Wahlrechtsgegnern am wenigsten wert.

Kommt aber das von der Regierung angestrebte Kompromiß trotz aller Nachgiebigkeit Hertlings infolge der Starrköpfigkeit Seydebrands nicht zustande, dann wird die Regierung sehr gegen ihren Willen auf die Bahn des Konflikts gedrängt. Dann bleibt ihr gar nichts anderes übrig, als das Abgeordnetenhaus aufzulösen, sei es nach der dritten Lesung, die noch vor Pfingsten erfolgen soll, sei es auch erst nach der Beratung der Vorlage im Herrenhaus.

### Der erste Tag der Wahlrechtsdebatte.

Eine solche Ueberraschung, wie sie das bis auf den letzten Platz des Saales und der Tribünen gefüllte Abgeordnetenhaus bei Beginn der zweiten Lesung der drei Verfassungsvorlagen am Dienstag erlebte, ist in deutschen Parlamenten seit langen Jahren nicht dagewesen. Als der Zentrumsabgeordnete Graf Spee, der früher, bei den Zweierbündnisverhandlungen und ähnlichen, zu irgendwelchen Aufregungen nicht sonderlich geeigneten Vorlagen öfter gesprochen hat, aber in den letzten Jahren so sehr verstummt war, daß man ihn gar nicht mehr unter den Mitgliedern des Reichstageswägen im Kopf hatte, mit den Worten begann, er beantrage die Beratung bis nach Friedensschluß zu vertagen — da drachte man zuerst an einen Witz und allgemeines Gelächter war auch die erste Reaktion. Graf Spee aber setzte zu einer langen Rede an, aus der sich alsbald ergab, daß er es durchaus ernst meinte. Die darauf folgende Geschäftsordnungsdebatte setzte schon ziemlich lebhaft ein und wurde durch einige Ausdrücke Ad. Hoffmanns, die ihm rasch hintereinander drei Ordnungsrufe eintrugen, in hohe Erregung hineingesteuert. Schließlich gab es noch eine einstündige Vertagung und erst nach dieser und nach nochmaliger Debatte kam man zur Abstimmung. Sie war eine namentliche; auch das hat man viele Jahre nicht mehr im Abgeordnetenhaus gehabt. Aber nachdem Dr. Friedberg für den Fall der Annahme des Antrags Spee kurz und bündig die Auflösung des Hauses angekündigt hatte, war das Schicksal der Aktion des Zentrumsgrafen besiegelt. Nur 60 Konservativ schlossen sich ihm an.

Die sachliche Beratung eröffnete als Berichterstatter der Zentrumsabgeordnete Dr. Veil. Gleich nach ihm ergriff der Ministerpräsident Graf Hertling das Wort. Er betonte, daß die Staatsregierung an dem gleichen Wahlrecht festhalte, und daß das gleiche Wahlrecht auch unauflöslich komme, aber er sprach vor in Vorbereitung befindlichen Anträgen, die noch weitere „Sicherungen“ gegen die Schäden des einseitigen Wahlrechts bringen sollten, als man solche bereits im Ausschuss vorgegeben hat. Und diese Anträge will die Regierung mit allem Wohlwollen behandeln. Danach konnte man denken, daß ein Kompromiß schon auf dem Wege und die Annahme des gleichen Wahlrechts, wenn auch mit diesen „Sicherungen“, verbürgt sei. Aber die weitere Debatte war nicht geeignet, diese Annahme zu stärken. Zwar brachte das Redewort Seydebrand-Friedberg nur eine nochmalige Wiederholung der bereits fassam durchgesprochenen Argumente für und wider. Aber die Erklärung des Zentrums über Dr. Borich, daß ein kleiner Teil seiner Fraktion auch jetzt noch gegen das gleiche Wahlrecht, die große Mehrheit allerdings dafür stimme, die Zentrumspartei aber ihre endgültige Stellung erst in der dritten Lesung nehmen werde — hat die Aussichten auf eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht mindestens nicht verbessert.

Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

### 28000 Tonnen versenkt.

Berlin, 30. April. (Antisch.) Im Spracherbiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Versenkung von 28000 Brutto-Register-Tonnen schwer geschädigt. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Oberleutnant zur See Strindorf. Das von ihm befehligte Boot hat im Armeelager allein sechs Dampfer mit zusammen 28000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 1000 Brutto-Register-Tonnen, waren tief beladen und fast gesenkt. Drei Dampfer wurden aus Beileitungen herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.